



10. September 2004 | Region Ennstal | Thema | Seite 2

Ein Zivilpakt als neue Form der Ehe?

Wann werden Homosexuelle gleichgestellt mit anderen Paaren? Als eines der letzten EU-Länder ringt Österreich um eine Lösung.

CARINA KERSCHBAUMER

Die Lippen des Kanzlers wurden schmal wie zwei Striche, als er erstmals zur Diskussion über die Gleichstellung von Homosexuellen gefragt wurde. Was er damals dazu sagte? Er antwortete: „Am besten nichts.“ Als Begründung wurde angeführt: „Deshalb.“

Was steht nun hinter diesem „deshalb“? Zunächst das Lebenskonzept einer Partei, das die Familie in den Mittelpunkt stellt. Welcher Stellenwert anderen Partnerschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts in diesem Lebenskonzept eingeräumt wird, wurde bislang kaum thematisiert. „Was anderswo längst Standard ist, könnte in der Alpenrepublik doch noch durchgesetzt werden“, ätzt die *Neue Zürcher Zeitung*.

Der steirische VP-Klubobmann Christopher Drexler, der als Erster vorpreschte, hat damit wohl zu seiner eigenen Überraschung eine längst fällige Debatte in Gang gebracht. Vom Innenminister bis zu Tirols Landeshauptmann wird nun über neue Formen von Partnerschaft gesprochen. Wie gestern bekannt wurde, will die Stadt Salzburg für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sorgen, soweit ihr dies möglich ist. Für Magistratsbedienstete gibt es eine Pflegefreistellung nicht nur für Ehepaare, sondern für alle Paare, die in einer Lebensgemeinschaft leben. Außerdem wird das Eintrittsrecht in Mietverträge bei städtischen Wohnungen ergänzt, sodass dieses nach einem verstorbenen Hauptmieter auch gleichgeschlechtlichen Partnern zusteht

Eine Beleidigung

Doch es geht längst nicht mehr nur um die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften im Erbrecht, Steuerrecht, Mietrecht. Innenminister Ernst Strasser philosophiert bereits von einer neuen, „zeitgemäßen“ Form von Partnerschaft. Die Ehe könne Anfang des 21. Jahrhunderts nicht die einzige Form von Partnerschaft sein. Der steirische VP-Landesgeschäftsführer Andreas Schnider erschüttert die Bundes-VP mit dem Vorschlag, dass es eingetragene Partnerschaften mit Rechten und Pflichten als Alternative zur Ehe auch für Heterosexuelle geben sollte.

In der ÖVP prallen nahezu unversöhnliche Wertvorstellungen aufeinander. Ungleiches könne nicht gleich behandelt werden, meint der Kanzler. Andere sehen eine Gleichstellung sogar als „Beleidigung der Ehe“. Da hilft nicht, dass selbst Familienbischof Klaus Küng Verständnis für bestimmte Forderungen der Homosexuellen äußerte. Für VP-Granden wie Andreas Khol kommt eine Gleichstellung Homosexueller im Erb- oder Steuerrecht nicht in Frage.

Während die ÖVP die heiße Kartoffel in eine Arbeitsgruppe ausgelagert hat und wie die Freiheitlichen von einer „Ehe zweiter Klasse“ nichts wissen will, wird die SPÖ im September einen Gesetzesantrag für „eingetragene, gleichgeschlechtliche Partnerschaften“ einbringen. Einen Schritt weiter gehen die Grünen. Ein „Zivilpakt“ soll allen Paaren offen stehen. „Es wäre damit die Gleichstellung im Erbrecht, Steuerrecht, Fremdenrecht mit Familiennachzug,

Mietrecht und im Sorge- und Adoptionsrecht gewährt“, pocht die Grüne Ulrike Lunacek auch aufs Adoptionsrecht von fremden Kindern.

Dass die soziale Gleichstellung von Homosexuellen die Zustimmung der Mehrheit der Österreicher findet, belegt eine aktuelle Umfrage. Das Adoptionsrecht ist nicht mehrheitsfähig. Selbst wenn Entwicklungspsychologen wie Ursula Kastner-Koller die Entwicklung elterlicher Beziehungen nicht an das Geschlecht gebunden sieht: „Das Problem ist viel eher, dass homosexuelle Beziehungen gesellschaftlich noch nicht akzeptiert sind, das Kind auf Vorurteile stoßen und damit Schaden angerichtet wird.“